

Leon Wansleben | Essay | 05.06.2024

Soziale Ordnung in der ökologischen Krise

Kommentar zu „Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht“ von Jens Beckert

Verkaufte Zukunft ist ein erfolgreiches Buch. Soviel lässt sich jedenfalls nach einer ersten gewaltigen Welle von Fachrezensionen, Preisnominierungen und Medienberichten sagen. Wie lässt sich dieser Erfolg erklären? Jens Beckert ist kein einschlägiger Experte auf den Forschungsgebieten des Klimawandels, des Klimaschutzes und der Ökologie. Ebenso wenig gehört er zu den thesenstarken Vertretern der Zeitdiagnostik, die ihre Einsichten und Argumente zuspitzen und in eingängige Formeln und einprägsame Bilder übersetzen.¹ Und doch ist sein Buch so etwas wie der sozialwissenschaftliche Beitrag der Stunde zu den aktuellen Problemen und Widersprüchen der Klimapolitik.

Unter Vermeidung der Fallen des populärwissenschaftlichen und zeitdiagnostischen Genres wartet Jens Beckert mit einer ganz eigenen, wohltuend nüchternen Version von Public Sociology auf, die auf sozialwissenschaftliches Urteilsvermögen setzt. Doch das Buch überzeugt nicht nur aufgrund seines ehrlichen Aufklärungsmotivs, sondern auch wegen seiner Auseinandersetzung mit den ungelösten Probleme und Fragen, die es an die Fachkolleg:innen wie auch die Öffentlichkeit zurückspielt. Die ins Mark treffende Frage von *Verkaufte Zukunft* lautet: Wie ist soziale Ordnung angesichts der sich zuspitzenden ökologischen Struktur- und Legitimationskrise der kapitalistischen Moderne möglich? Wenn sich Verluste häufen, sozialer Stress steigt und das große Versprechen auf Wohlstand für alle hohl wird – wie kann dann Zusammenleben funktionieren? Statt Antworten auf diese Kernfrage der Soziologie zu geben, deutet das Buch notwendige Perspektivwechsel an, die auch normative Implikationen haben. So müssen wir letztlich auch die bisherige Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Klimaaktivismus überdenken.

Das soziologische Problem des Klimaschutzes

Es wird mittlerweile breit diskutiert, dass die Soziologie ihre Erkenntnisinteressen und Aufklärungsmotive während einer historischen Phase und in politisch-kulturellen Kontexten gewann, in denen sich westliche Gesellschaften mit dramatischen sozialen Verwerfungen auf extensives Wachstum, den ‚infrastrukturierten‘ Verbrauch fossiler Energien und einen enormen „through-put“ von Ressourcen einstellten.² Erst in den 1980er-

Jahren, im Zuge eines sich entwickelnden Bewusstseins globaler ökologischer Gefahren, entstanden auch prominente Theoriestränge und Debatten, die die kapitalistisch geprägte Moderne mit ihren ökologischen Bedingungen und Folgen konfrontierten und zu diesem Zweck neue Begriffe einführten.³ Man denke an Ulrich Becks *Risikogesellschaft* oder an Niklas Luhmanns *Ökologische Kommunikation*, beide 1986 publiziert, im Jahr des Reaktorunfalls von Tschernobyl.

Obwohl sich die ökologischen Probleme massiv verschärft haben – die Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre ist seitdem um mehr als 20 Prozent angestiegen –, blieben umwelt- und klimapolitische Erörterungen merkwürdig entkoppelt von gesellschaftstheoretischen Entwürfen. Zwar entstanden die *ecological economics* und einige, oft marxistisch orientierte Ansätze,⁴ die eine radikale Kritik des exzessiven Energie- und Ressourcenverbrauchs kapitalistischer Verwertungsprozesse diskutierten. Doch ökologische Fragestellungen wurden kaum in Untersuchungen gesellschaftlicher Strukturentwicklungen einbezogen. Für das Feld der Ökonomie etwa kreisten die soziologischen Debatten um die Themen Globalisierung, Digitalisierung und Finanzialisierung. Ausschlaggebend für die Marginalität der ökologischen Fragen in der empirischen Erforschung des Kapitalismus war nicht zuletzt das scheinbare Fehlen von Strukturfolgen der wachsenden ökologischen Risiken selbst. Auch in demokratischen Systemen entfaltete die Politisierung ökologischer Fragen lange Zeit keine gesellschaftliche Breitenwirkung, sondern erreichte nur Nischen der Parteiensysteme und Staatsapparate. Dies führte dazu, dass sich auch die Umweltsoziologie über viele Jahre in einer Nische einrichtete, wenn auch zumeist mit interdisziplinärer Anbindung. Man forschte weniger zu Staat und Parteien, sondern vornehmlich zu Global Governance und hier speziell zu den Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftsbasierter Deliberations- und Entscheidungsprozesse; oder man interessierte sich für lokale Experimente zu sozialökologischen Transformationsprozessen, wobei allerdings die Frage unbeantwortet blieb, wie Lerneffekte skalierbar wären. Parallel entwickelte sich um Bruno Latour und andere eine Debatte um das Anthropozän, die zwar sozialtheoretisch anregend war, aber so weit weg von empirischen Strukturanalysen blieb, dass sie geflissentlich ignoriert werden konnte.

Verkaufte Zukunft interveniert nun in diese Forschungslandschaft an einem kritischen historischen Punkt. In Europa ist spätestens seit den späten 2010er-Jahren Klimaschutz als Aufgabe in den Kerninstitutionen und -strukturen von Politik und Wirtschaft angekommen. Die Erfolge im Bereich der erneuerbaren Energien, die akkumulierten Erkenntnisse zum Klimawandel, die sich häufenden Verlusterfahrungen durch Erderwärmung und die Suche

nach neuen Gesellschaftsprojekten angesichts des Scheiterns der neoliberalen Wohlstandsversprechen verschafften den Bemühungen um Klimapolitik zwischenzeitlich gesellschaftliche Akzeptanz. Doch zeigte sich alsbald, dass ernsthafte und langfristige politische Anstrengungen zur Bekämpfung der Erderwärmung Spannungen und tiefe Widersprüche produzieren und nicht selten handfeste Konflikte hervorrufen.

Jens Beckerts Buch spricht genau zu dieser Lage. Seine Aktualität besteht in der diagnostizierten Gleichzeitigkeit von einem mittlerweile breit in die Bevölkerung und in die Institutionen vorgedrungenen ökologischen Problembewusstsein und einer strukturellen Schwäche oder Impotenz, dieses Bewusstsein in wirkungsvolle problemlösende Handlungen zu übersetzen. Hiervon zeugen in der Politik die ambitionierten, aber weder durch einen tragfähigen Implementierungskonsens noch durch adäquate Umsetzungskapazitäten gedeckten Klimaschutzziele. Hiervon zeugen auch die zwischen Greenwashing und Greenwishing oszillierenden Kampagnen der Unternehmen, mit besonders perfiden Ausprägungen in der fossilen Industrie. Und hiervon zeugen schließlich auch die Konsumpraktiken und Verhaltensweisen der breiten Bevölkerung, die von einer markanten Diskrepanz zwischen Problembewusstsein und Veränderungsbereitschaft geprägt sind.

Dies sind zugleich Hinweise darauf, dass Beckerts Buch eine voraussetzungsreichere, gesellschaftstheoretisch spannendere Frage für die Soziologie bereithält, als es zunächst den Anschein haben mag. Auf die Verwunderung, warum eigentlich trotz der schon jetzt feststellbaren und zukünftig noch gravierender werdenden Verwerfungen, Verluste und Destabilisierungen durch Klimawandel so wenig passiert, könnte man mit zahlreichen anderen Arbeiten antworten: Moderne Gesellschaften haben sich nun mal so eingerichtet, dass die kapitalistische Akkumulationsmaschine immer schneller laufen *muss*. Mit dem Verweis auf dominante Macht- und Anreizstrukturen reformuliert Beckert dieses Argument auf neue, aber kaum überraschende Weise. Doch gleichzeitig gibt das Buch diesem Zusammenhang von wachsenden ökologischen Problemen und lösungsblockierenden Mechanismen eine neue, gegenwartsadäquate Bedeutung. Denn die dominanten Macht- und Anreizstrukturen, die Beckert für ungenügenden Klimaschutz verantwortlich macht, sind längst mit Problembeschreibungen, katastrophischen Szenarien und Verlustinformationen konfrontiert, auf die sie keine adäquaten Antworten bereithalten. Dieses Aufstauen sich allerorten stellender, aber ungelöster Fragen und Probleme verändert alles, auch wenn es nicht notwendiger Weise Bewegungen in Richtung von Problemlösungen motiviert.

Demnach ist, kurz gesprochen, die ökologische Krise der modernen Gesellschaft längst deren eigene; sie passiert nicht mehr nur irgendwo in der Atmosphäre, in wissenschaftlichen Modellen oder in peripheren Weltregionen, sondern mitten unter uns. Die ökologische Krise ist mittlerweile auch eine soziale, deren Verwerfungen die Stabilität unserer gesellschaftlichen Ordnung bedrohen. Deshalb muss man Beckert so verstehen, dass er seiner Frage nach den Ursachen mangelnden Klimaschutzes eine weitere beiseitestellt, die die Soziologie in den kommenden Jahren leiten sollte: Wie lassen sich gesellschaftliche Ordnungen unter den Bedingungen ökologischer Krisen verändern und rekonstituieren? Der enorme Druck zur Veränderung der bestehenden Ordnungen entsteht dabei einerseits aus den drohenden Wachstums- und Wohlstandsverlusten infolge vermehrter Katastrophen, eingeschränkter Lebensräume, schrumpfender Ressourcen und abnehmender Produktivität. Die ökologische Krise des Kapitalismus hat eine zunehmend manifeste strukturelle Dimension. Der Druck entsteht aber auch aus einer tiefgreifenden Legitimationskrise, weil gesellschaftliche Mechanismen zur Eindämmung und Befriedung von existierenden und sich verschärfenden Interessengegensätzen und Verteilungskonflikten zunehmend versagen.

Wie ist soziale Ordnung in der ökologischen Krise möglich?

Geht man davon aus, dass die ökologische Krise der kapitalistischen Moderne uns nicht bloß als Umweltproblem begegnet, sondern auf die Strukturen und Semantiken des Gesellschaftssystems übergreift und dieses im Kern verändert, verschärfen sich einige Problembeschreibungen aus dem Buch. Ein zentraler Aspekt betrifft die soziale Integrationskraft des Kapitalismus über das mit dem Wachstum verbundene Wohlstandsversprechen. So schreibt Beckert von dem „großen materiellen Versprechen, auf dem der umfassende Geltungsanspruch der kapitalistischen Moderne beruht“ (S. 91).⁵ Dass aber dieses Versprechen nicht länger kompatibel ist mit den ökologischen Bedingungen, auf die sich der Akkumulationsprozess eingespielt hat und deren Fortbestand er selbst unterminiert, ist nicht nur ein empirisches Faktum, sondern auch Ausdruck eines weit verbreiteten Bewusstseins. Zumindest latent wissen die Bürgerinnen und Bürger in den kapitalistischen Kernregionen Europas und Nordamerikas, dass die milliardenfache Multiplizierung ihrer Lebensweise geradewegs in eine dystopische Zukunft führen würde. Damit entkoppelt sich die Dynamik wirtschaftlicher Entwicklung von einem einst auch emanzipatorisch gedachten Gesellschaftsprojekt, das Verteilungsfragen immer nur vor dem Hintergrund von Wachstumsgesellschaften erörtert hat. Unter dem Eindruck einer zunehmenden Inkompatibilität der Wachstumsimperative und -zwänge mit den ökologischen Bedingungen ihrer Erfüllung, werden ökonomische Verteilungskämpfe

verstärkt als Auseinandersetzungen in Null- oder Minussummenspielen verstanden. Dies wirft die schon von Max Weber thematisierte Frage auf, wie *friedliche* Ausübung von Verfügungsgewalt – das Kernmerkmal des modernen Kapitalismus – auch unter sich verschärfenden ökologischen Krisenbedingungen möglich bleibt.

Diese Widersprüche und Spannungen kulminieren zum Teil in durchsichtigen Versuchen, sich mittels Risikomanagement von den Konsequenzen der durch die Wirtschaft selbst erzeugten ökologischen Destabilisierungen abzusichern („single materiality“). Eine andere, ebenfalls wenig erfolgversprechende Strategie setzt auf grünes Wachstum, also den Versuch der Entkopplung von Produktion, Logistik und Konsum vom fossilen Energieverbrauch. Doch wie Beckert treffend beschreibt, sind damit weder die Abhängigkeiten von noch die Anreize für fossiles Wachstum passé. Die Klimakrise bleibt ein ungelöstes Problem, das die Wirtschaft der Politik überlässt. Trotz aller Bemühungen um internationale Kooperation sind und bleiben hier die Nationalstaaten die primären Adressaten, von denen Antworten auf die ökologische Struktur- und Legitimationskrise der kapitalistischen Moderne erwartet werden. Antworten zu geben heißt jedoch, ganz nach Luhmann, nicht: effektive Lösungen für ein Problem zu finden. Vielmehr übersetzt sich die von der Wirtschaft hervorgerufene ökologische Krise im Zuge ihrer Bearbeitung durch das politische System in dessen eigene Strukturen – in Differenzen und Relationen von Parteien, in Machtmittel und Strukturen des Staates, in sich immer wieder neu stellenden Legitimationsbedarf. Dabei besteht eine erste naheliegende Konsequenz der verstärkt in das Soziale hineinwirkenden ökologischen Krise in der Zuspitzung und Radikalisierung von Verteilungs- und Ideologiekonflikten. Wie Beckert plausibel beschreibt, gehen die Verteilungskämpfe mit steigenden Anpassungs- und Investitionskosten sowie einer Verschärfung fiskalischer Konflikte einher. Doch auch ideologische Konflikte spitzen sich zu. Während ein Teil der Bevölkerung freiwilligen Wohlstandsverzicht leisten, sich vom Wachstumsparadigma abwenden oder auch einem planenden Staat die Lösung der Probleme anvertrauen möchte, setzt ein anderer Teil auf die radikale, im Zweifelsfall gewaltsame Verteidigung gruppenbezogener und nationaler Privilegien. Dadurch kommt es, wenn auch weitgehend unfreiwillig, zu einer Abnahme der Potenziale für kollektiv bindendes Entscheiden. Wichtiger noch: Es erhöhen sich die Gefahren grundlegender politischer Destabilisierungen.

Der Problemdruck auf die ausdifferenzierten Strukturen moderner Gesellschaften sowie auf ihre Modi der System- und Sozialintegration steigt also in der ökologischen Krise massiv. Anders als Niklas Luhmann dies noch 1986 formulierte, ist die Frage nicht, wie selektiv einzelne Systeme Ökologie berücksichtigen, sondern welche Dynamiken aus der

Existenz *unverarbeitbarer* Komplexität in den gegebenen Strukturen erwachsen. Diese in Beckerts Buch klar in den Vordergrund tretende Frage nach der Möglichkeit sozialer Ordnung unter derart veränderten Vorzeichen verortet das Klimaproblem im Herz derjenigen Gesellschaftsdynamiken, die die großen Theoriebemühungen unseres Faches motivieren.

Vom Ziel- zum Implementierungsaktivismus

Versteht man Klimawandel in erster Linie als externe Bedrohung und wendet sich dann der Frage nach den Gründen für das Ausbleiben effektiver Schutzmaßnahmen zu (Interessenkonflikte, Koordinationsversagen, Verleugnung etc.), dann erscheinen die normativ-politischen Implikationen für die Forschung einigermaßen trivial: Sie laufen auf die Forderung nach mehr Klimaschutz hinaus. Geht man hingegen davon aus, dass unsere Gesellschaft längst nicht mehr nur ein Umweltproblem hat, sondern selbst in einer Krise steckt, die ihre eigene Stabilität gefährdet, dann wird die Artikulation von normativ-politischen Implikationen komplizierter. In diesem Sinne verstehe ich den Verzicht auf einfache Forderungen, das nachdenkliche Abwägen und die zum Teil ambivalenten Positionen im Schlusskapitel von *Verkaufte Zukunft*. So argumentiert Beckert etwa, dass Versuche der Reduktion von Emissionen auch dann nicht aufgegeben werden sollten, wenn sie ungenügend bleiben, neue Widersprüche erzeugen (man denke an Cobalt-Minen im Kongo) und uns kaum die durch Erwärmung notwendig werdenden Investitionen in Klimaanpassungsmaßnahmen ersparen werden. Solche Überlegungen sind Übungen im Aushalten derjenigen Widersprüche, die uns in der gesellschaftsweit ausstrahlenden ökologischen Krise schon jetzt tagtäglich begegnen.

Die hier reartikulierte Problemstellung einer ökologisch induzierten Krise der Gesellschaft hat mithin auch Folgen für den Nexus zwischen Wissenschaft und Aktivismus. Mit ihren Forderungen nach strengeren Normen und ehrgeizigeren Zielen haben Klimaaktivist*innen – insbesondere auf kommunaler Ebene – durchaus beachtliche Erfolge erzielt, die in der Sozialwissenschaft positiv rezipiert und zum Teil angeleitet wurden. Mit der Fortsetzung dieser Strategie liefe man aber Gefahr, bestehende Konfliktschleifen und deren Destabilisierungsdynamiken weiter zu beschleunigen. Trägt man den von Beckert diagnostizierten strukturellen Ursachen des sich verschärfenden Problemstaus Rechnung, sollten Klima- und Umweltaktivist*innen ihr Handeln zukünftig vermehrt an anderen Fragen ausrichten: Wie können in der Gesellschaft austarierte Kompromisse zu Maßnahmen führen, die geeignet sind, gesellschaftliche Klimakonflikte tatsächlich zu befrieden? Welche Kapazitäten staatlichen Handelns sind erforderlich, um

Umsetzungserfolge im Klimaschutz zu erzielen – Erfolge, die ursprüngliche Vorbehalte und Widerstände überwinden und in neue kollektive Routinen überführen können? Wie bilden sich Kapazitäten zur effektiven und zugleich demokratischen Planung integrierter Energiesysteme und klimaresilienter Städte aus? Ein Implementierungsaktivismus, der von der Politik und vom Staat robuste Antworten auf diese Fragen einfordert, kann Möglichkeiten für zukünftigen, umsetzungsfähigen und konflikterprobten Klimaschutz vergrößern. Damit wäre mehr gewonnen als durch die Ausrufung immer neuer, ungedeckter Versprechen auf die Beseitigung unserer sich zusehends verschärfenden ökologischen Krise, die nicht einmal mehr diejenigen überzeugen, die sie verkünden.

Mein Fazit nach der Lektüre von *Verkaufte Zukunft*: Wir befinden uns längst in einer ökologischen Struktur- und Legitimationskrise der modernen Gesellschaft. Dies verlangt nicht nur, dass Fragen des Klimaschutzes im Herz der Gesellschaftstheorie ankommen müssen. Wir sehen uns auch in normativen Fragen mit erhöhter Komplexität konfrontiert, denn nicht nur das Klima, sondern auch die soziale Ordnung steht bei Fragen des Wie und Wieviel von Klimaschutz auf dem Spiel.

Endnoten

1. Man denke an Bücher wie Jean Baudrillards *Geist des Terrorismus* (2002) oder Joseph Vogls *Gespens des Kapitals* (2010).
2. Das 19. Jahrhundert gehörte im Großen und Ganzen noch zum Holzzeitalter; um 1850 beruhte die frühe industrielle Produktion noch im Wesentlichen auf tierischer und menschlicher Arbeit. Erst mit dem 20. Jahrhundert begann die fossile Ära mit der massenhaften Förderung und Nutzung von Kohle und zunehmend auch von Öl. Auch die (auf fossiler Energie basierende) Elektrifizierung kam erst im frühen 20. Jahrhundert richtig in Schwung. Die „Große Beschleunigung“ setzte gar erst nach dem 2. Weltkrieg ein. Besaßen 1954 gerade einmal 8 Prozent der Haushalte in Deutschland einen Kühlschrank, waren es 1961 dann schon fast 50 Prozent. Siehe unter anderem Vaclav Smil, *Grand Transformations. How the Modern World Was Made*, Oxford 2021. Zu der Verbindung zwischen Soziologie und ökologischer Gesellschaftsgeschichte, siehe etwa Pierre Charbonnier, *Überfluss und Freiheit. Eine ökologische Geschichte der politischen Ideen*, übers. von Andrea Hemminger, Berlin 2023.
3. 1981 publizierte der berühmte Klimawissenschaftler James Hansen seine ersten NASA-Studien zum Anstieg globaler Temperaturen aufgrund des Treibhauseffekts. Der Begriff „Earth System Science“ wurde erstmals 1985 verwendet. Die Grünen gründeten sich 1980 als Bundespartei, um 1983 erstmals in den Bundestag einzuziehen. 1988 fand in Toronto die Conference of the Atmosphere statt, auf der die globale Erwärmung mit einem langsam sich vollziehenden Atomdesaster verglichen wurde.
4. Vgl. Allan Schnaiberg / David Naguib Pellow / Kenneth Alan Gould, *Treadmill of Production. Injustice and Unsustainability in the Global Economy*, Boulder, CO 2008; John Bellamy Foster, *Marx's Ecology. Materialism and Nature*, New York 2000.
5. An anderer Stelle heißt es: „In einer Gesellschaft, die die Illusion der Möglichkeit unbegrenzter individueller Aufwärtsmobilität hegt, sehen die Menschen in den Konsumpraktiken und im Lebensstil der Reichen ein Stück ihres zukünftigen erhofften Selbst.“ (S. 127).

Leon Wansleben

Leon Wansleben ist seit 2019 Leiter der Forschungsgruppe „Soziologie öffentlicher

Finanzen und Schulden“ am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Zuvor war er Assistenzprofessor am Department of Sociology der London School of Economics and Political Science. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Soziologie der Finanzmärkte und Finanzialisierungsprozesse, Politische Soziologie und Theorien des Staates sowie Soziologische Theorien.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Karsten Malowitz.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/soziale-ordnung-in-der-oekologischen-krise.html>